

Gegendarstellung

zur Erklärung des Vorstands des Deutsch-Russischen Forums

vom 24. Februar 2022

von

Christoph Hörstel

vom 6. November 2022

Verurteilung des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine

Stellungnahme des Deutsch-Russischen Forums e.V. zu den Ereignissen in der Nacht zum 24. Februar 2022

Der Überfall russischer Truppen auf die Ukraine ist ein schwerwiegender Bruch des Völkerrechts. Die Anwendung militärischer Gewalt gegen die Ukraine kann durch nichts gerechtfertigt werden.

Das Deutsch-Russische Forum, das sich immer für ein Miteinander der Völker und Zivilgesellschaften in Frieden und Freiheit eingesetzt hat, erklärt sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und allen, die durch die untragbare und verhängnisvolle Entscheidung Russlands Leid erfahren müssen. Wir rufen den russischen Präsidenten auf, die Waffen schweigen zu lassen. Wir appellieren an alle verantwortlichen Politiker in Russland und dem Westen alles dafür zu tun, eine weitere Eskalation zu vermeiden. Wir sind an der Seite der Russinnen und Russen, die sich gegen diese Entscheidung stellen. Es dürfen nicht noch mehr Menschen in dem militärischen Konflikt sterben.

Der Angriff, den die russische Regierung befohlen hat, bringt den Krieg nach Europa zurück und droht, zu neuen Feindschaften zwischen den Völkern Europas zu führen. Die Aufgabe aller muss es sein, entschieden dem Rückfall in düstere europäische Vergangenheiten von Hass und Feindseligkeit entgegenzuwirken. In diesem Geiste der Verantwortung für ein Europa der Verständigung setzt sich das Deutsch-Russische Forum für den Austausch und die Begegnungen der Menschen in Europa ein.

<https://www.deutsch-russisches-forum.de/verurteilung-des-einmarsches-russischer-truppen-in-die-ukraine/5599711>

Christoph Hörstel zur Erklärung des Deutsch-Russischen Forums

Die Stellungnahme des Deutsch-Russischen Forums (im Folgenden als „DRF“ bezeichnet) erscheint aus zahlreichen Gründen höchst bedauerlich. Nicht zuletzt steht bei Aufrecht-Erhaltung dieser satzungsgemäß und tatsachenwidrig höchst einseitigen Stellungnahme zu befürchten, dass das DRF in Russland als „Agentenorganisation“ eingestuft wird.

I Grundsätzlich

1. Bruch der Satzung

In der DRF-Satzung ist eindeutig festgelegt, es sei Aufgabe des DRF, Russland in Deutschland und Deutschland in Russland verständlich zu machen.

Auf der Internetseite „Über uns“ heißt es dazu:

„Vorrangiges Ziel des Deutsch-Russischen Forums e.V. ist es, das gegenseitige Verständnis von Russen und Deutschen zu fördern, Menschen zu verbinden und Kontakte zu pflegen.“

Die hier zu betrachtende Stellungnahme macht aber nicht einmal deutsche Interessen deutlich, geschweige denn die russische Position, sondern lediglich die Stellungnahme, zu der die derzeitige US-Politik, die sehr häufig nicht die besten Interessen des amerikanischen Volkes vertritt, sondern eher Konzerninteressen, die deutsche Bundesregierung zwingt.

2. Grobe Verleugnung der historischen Tatsachen

Der russische Einmarsch in der Ukraine stellt zweifellos eine höchst bedauerliche und gleichzeitig höchst gefährlich eskalierende Entwicklung dar, deren Fortsetzung keineswegs abgeschlossen ist – und hat eine jahrzehntelange blutige und von Rechtsbrüchen aller Art gekennzeichnete Vorgeschichte, die offenbar bei der Abfassung der damit praktisch disqualifizierten DRF-Stellungnahme nahezu komplett missachtet wurde – damit ist einer besonders krassen Sammlung von Unwahrheiten und Falschdarstellungen Tor und Tür geöffnet.

3. Volksverhetzung

In einer schwierigen und negativ eskalierenden Gefahrenlage sind einseitige Stellungnahmen geeignet, Hass zu schüren, die Öffentlichkeit irrezuführen und womöglich aufzuwiegeln. Derartige Schritte verbieten sich insbesondere für gemeinnützige Vereine mit steuerlicher Abzugsfähigkeit für Spenden und andere Zuwendungen.

4. Es ginge auch anders

Ein Lichtblick ist in diesem Zusammenhang der hervorragende Vortrag des verdienten DRF-Mitglieds Dr. Gabriele Krone-Schmalz:

<https://www.youtube.com/watch?v=Gkozj8FWI1w>

II Kritikpunkte im Einzelnen

Absatz 1/3:

Der Überfall russischer Truppen auf die Ukraine ist ein schwerwiegender Bruch des Völkerrechts. Die Anwendung militärischer Gewalt gegen die Ukraine kann durch nichts gerechtfertigt werden.

Dieser Sicht Washingtons stehen unleugbare Tatsachen entgegen, die auch eine geradezu gegenteilige Sicht ermöglichen: Demnach wäre der russische Einmarsch durch die Umstände erzwungen und in Wahrung berechtigter Interessen erfolgt.

<https://www.anti-spiegel.ru/2022/die-chronologie-wie-die-usa-rund-um-die-ukraine-den-dritten-weltkrieg-riskieren/>

<https://www.globalresearch.ca/some-us-dont-think-russian-invasion-aggression-heres-why/5795980>

Ein abschließendes Urteil darüber gibt es international nicht, lediglich Meinungen verschiedener Seiten. Die folgenden Tatsachen jedoch stehen unleugbar fest:

1. Beginn der Kampfhandlungen ab Mitte Februar durch massierte Feuerüberfälle der gegenüberliegenden ukrainischen Streitkräfte auf die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk – unter Bruch des Minsk II-Abkommens, dessen Einhaltung niemals Gegenstand und Leistungsbereich ukrainischer Politik war.
<https://www.osce.org/special-monitoring-mission-to-ukraine/512842> nur als Beispiel
komplette Liste: [https://www.osce.org/press-releases/?filters=+im_taxonomy_vid_3:\(116\)+im_taxonomy_vid_1:\(896\)+sm_translations:\(en\)+ds_date:\(\[2022-02-01T00:00:00Z%20TO%202022-02-23T00:00:00Z\]\)&solsort=ds_date%20desc&rows=50](https://www.osce.org/press-releases/?filters=+im_taxonomy_vid_3:(116)+im_taxonomy_vid_1:(896)+sm_translations:(en)+ds_date:([2022-02-01T00:00:00Z%20TO%202022-02-23T00:00:00Z])&solsort=ds_date%20desc&rows=50)
2. Dekret 117 des Uk-Präsidenten Selenski vom 24. März 2021 befiehlt die militärische Rückeroberung der abtrünnigen Donbass-Gebiete Lugansk und Donezk und der bereits der russischen Föderation in einem umstrittenen Referendum beigetretenen Krim-Halbinsel.
<https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/ukraine-li.150872>
Zu diesem Zweck hat sich daraufhin die Hälfte der ukrainischen Armee in einer Truppenstärke von etwa 125.000 Mann im Südosten der Ukraine im Halbkreis überfallbereit aufgestellt. Aus russischer Sicht kamen die russischen Truppen einem ukrainischen Militärüberfall auf die neuen Donbass-Verbündeten um Stunden zuvor.

3. Im September und Oktober 2021 griff Kiew mit „Bayraktar“-Drohnen türkischer Produktion, deren Anwendung das Minsk II-Abkommen verletzt, Treibstofflager im abtrünnigen Gebiet Donezk an. <https://dan-news.info/defence/voennye-kieva-s-bespilotnika-atakovali-neftebazu-v-donecke-proizoshel-vzryv--nikonorov/>
Zusammengefasst hier: <https://www.anti-spiegel.ru/2021/ukrainische-offensive-im-donbass-kiewer-armee-rueckt-vor-und-greift-oellager-in-donezk-mit-drohne-an/>
4. Im November 2021 schlossen die USA und Kiew ein Abkommen zur „Strategischen Partnerschaft“, dass die Nato-Perspektive Kiews als auch die Rückeroberung von Donbass und Krim unterstützt – also exakt die Zielsetzung des Selenski-Dekrets 117 vom 24. März 2021 – und dies entgegen den schärfsten russischen Warnungen vor der Nato-Partnerschaft mit der Ukraine. In Europa rührte sich kaum Protest, von Regierungen kam nichts. Die Bundeszentrale Politische Bildung erwähnt das Abkommen nicht einmal: <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/344567/chronik-8-bis-21-november-2021/>
Und verschweigt es auch in einer Analyse vom 21. November 2021: <https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine/343743/analyse-kooperation-im-bereich-der-militaerreform-zwischen-nato-und-ukraine-seit-2014/>
Das US-Außenministerium geht mit dem Abkommen normal offen um: <https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>
5. Im Januar 2022 hat die Nato die Ukraine eingeladen, an der Nato-Agenda 2030 mitzuwirken – damit hat die Nato das US-ukrainische Abkommen zur Strategischen Partnerschaft vom November 2021 praktisch zur Anwendung gebracht. Dazu gibt es kaum deutsche oder gar englische West-Quellen: <https://www.kmu.gov.ua/en/news/ukrayina-vizme-uchast-u-formuvanni-strategichnoyi-koncepciyi-nato-do-2030-roku-olga-stefanishina>
6. Ukrainische Sonderkommandos beschädigen E-Werk, Gasleitungen <https://t.me/BifFidU/5189>
Am 19. Februar 2022:
<https://t.me/russlandsdeutsche/2449>
<https://t.me/russlandsdeutsche/2451>
<https://t.me/russlandsdeutsche/2452>
<https://t.me/russlandsdeutsche/2454>
7. Ukraine-Präsident Wolodimir Selenski kündigt bei seiner Rede vor der 58. Münchner Sicherheitskonferenz den Bruch des Budapester Abkommens zum Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag an – und erhält dafür Applaus von allen versammelten westlichen Politikern.
ab 17:45 <https://www.youtube.com/watch?v=c0dhJcTTQM0&t=869s>
Russische Streitkräfte haben denn auch die beiden in Frage kommenden Entwicklungslabors nördlich Tschernobyl und nördlich Charkov in wenigen

Kilometern Entfernung zur weißrussischen und zur russischen Grenze praktisch zuallererst eingenommen.

8. Es gibt dringende Verdachtsmomente, dass mit Unterstützung aus den zahlreichen US-geförderten Biowaffenlaboren in der Ukraine ein Bio-Angriff gegen Russland vorbereitet wurde: <https://www.anti-spiegel.ru/2022/veroeffentlichte-dokumente-hat-kiew-einen-biowaffenangriff-auf-donbass-vorbereitet/>
9. Die Russische Föderation erscheint nach wie vor umzingelt von US-Militärbasen, dergestalt, dass russische Schiffe jederzeit und überall am Auslaufen in die Weltmeere gehindert werden könnten. Die USA haben in den vergangenen Jahren auf ukrainischem Territorium fünf Luftwaffenbasen eingerichtet, diese wurden von Russland im Februar zuerst angegriffen. Das ukrainische Militär wurde seit 2014 konsequent auf Nato-Standards ausgerichtet, die Nato-Mitgliedschaft ist als Ziel in der ukrainischen Verfassung verankert; gegenwärtig sammelt Washington dafür Unterstützung bei Mitgliedern. Kanada, Litauen, Polen, Tschechien, Nordmazedonien, Montenegro, Rumänien und die Slowakei sind bereits dafür. Ein Nato-Beitritt der Ukraine könnte als Startschuss für den III. Weltkrieg wirken.

Absatz 2/3, Satz 1

Das Deutsch-Russische Forum, das sich immer für ein Miteinander der Völker und Zivilgesellschaften in Frieden und Freiheit eingesetzt hat, erklärt sich solidarisch mit den Menschen in der Ukraine und allen, die durch die untragbare und verhängnisvolle Entscheidung Russlands Leid erfahren müssen.

Leider war das DRF nicht so recht hörbar, als 2014, nach dem zweiten CIA-organisierten Putsch in der Ukraine:

- Der Gebrauch der russischen Sprache in der Ukraine verboten wurde
- der Moskauer Ritus der Orthodoxen Kirche blutig unterdrückt wurde
- die gesamte Bevölkerung täglich zahlreiche Fälle blutiger Unterdrückung erdulden musste
- Elektrizität, Warmwasser, Rentenzahlungen und Sozialhilfeszahlungen an die Menschen im Donbass gestoppt wurden
- und durch Militäreinsatz zwischen 2014 und Februar 2022 rund 15.000 Menschen ums Leben kamen, darunter mehrere hundert Kinder. Hinzukam blutige Unterdrückung, mafiotischer Organhandel mit massenhafter, zwangsweiser Organentnahme und viele weitere Verbrechen.

Satz 2

Wir rufen den russischen Präsidenten auf, die Waffen schweigen zu lassen.

Derartige Aufrufe an die ukrainische Regierung wegen der blutigen Unterdrückung im Donbass haben seit 2014 immer wieder gefehlt.

Satz 4 und 5

Wir sind an der Seite der Russinnen und Russen, die sich gegen diese Entscheidung stellen. Es dürfen nicht noch mehr Menschen in dem militärischen Konflikt sterben.

Genau diese Aussage hat zum Beginn der Donbass-Unterdrückung, der Unterdrückung alles Russischen in der Ukraine, gefehlt. Präsident Selenskis Dekret 117 war dem DRF seinerzeit 2021 nicht einmal eine Erwähnung wert. Ich erinnere an den goldrichtigen Vorschlag des alten Entspannungsstrategen Prof. Egon Bahr, der zur Wiedervereinigung der Krim mit Russland sinngemäß im Spiegel zitiert wurde, aus einer Fernsehdebatte bei n-tv: ‚Wir müssen die Entwicklung auf der Krim nicht akzeptieren – aber wir können sie respektieren.‘

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/egon-bahr-fuer-respektierung-der-krim-annexion-a-1005025.html>

Nicht einmal die Außenpolitiker der SPD haben auf ihren Altmeister gehört, auch dem Rest der politischen Republik hätte das wohl angestanden – und das Schlimmste ist: Der Satz passt auch heute wieder, da sich Deutschland gegen alle Ethik und Moral, gegen die besten deutschen und europäischen Interessen und gegen den Frieden in Europa auf die Seite der nazi- und mafiaverseuchten Kiewer Regierung stellt.

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/593948/umfrage/wahrgenommene-korruption-in-der-ukraine/>

<https://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2014/Hitlers-Helfer-wie-Nationalisten-die-Ukraine-weiter-spalten-,ukraine451.html>

<https://www.jungewelt.de/artikel/436687.revisionismus-ehrerung-f%C3%BCr-neonazis.html>

<https://www.jungewelt.de/loginFailed.php?ref=/artikel/427013.ukraine-konflikt-wir-haben-spa%C3%9F-am-t%C3%B6ten.html>

Und die Waffenlieferungen an Kiew brechen:

- den Rechtsrahmen, der Waffenlieferungen in Krisengebiete untersagt
- den 2+4-Vertrag, demzufolge von Deutschland nur noch Frieden ausgehen soll

und beschwören den nächsten Krieg auf deutschem Boden herauf, viel fehlt da nicht mehr, denn wir haben bekanntlich keinen Friedensvertrag. Auch verschlechtert sich wegen des globalen Waffenschmuggels aus der Ukraine die weltweite Sicherheitslage, Europa eingeschlossen.

Absatz 3/3, Satz 1

Der Angriff, den die russische Regierung befohlen hat, bringt den Krieg nach Europa zurück und droht, zu neuen Feindschaften zwischen den Völkern Europas zu führen.

Die Unterdrückung alles Russischen und die militärische Eskalation nach 2014 war es, die den Krieg nach Europa zurückbrachte, wenn wir die unbestreitbaren Nato-Verbrechen auf dem Balkan nicht einrechnen wollen, was unredlich ist – und deshalb inzwischen auch weithin zugegeben wird, bis hin zum damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Satz 2

Die Aufgabe aller muss es sein, entschieden dem Rückfall in düstere europäische Vergangenheiten von Hass und Feindseligkeit entgegenzuwirken.

Leider trägt die hier zur Debatte stehende bedauerliche DRF-Erklärung wegen ihrer eklatanten Mängel zur Eskalation bei. Und die führende und verheerende aggressive US-Eskalationspolitik mit zwei Putschen in der Ukraine wird vorsichtshalber überhaupt nicht erwähnt, obwohl doch offensichtlich ist, dass Washington die Hauptschuld trifft, begünstigt vom unseligen deutschen Kadaver-Gehorsam, der soeben mit Selbstmord-Sanktionen, die Russland eher nützen als schaden, unsere Wirtschaft ruiniert.

Satz 3

In diesem Geiste der Verantwortung für ein Europa der Verständigung setzt sich das Deutsch-Russische Forum für den Austausch und die Begegnungen der Menschen in Europa ein.

Diese freundliche Absichtserklärung ist uneingeschränkt zu begrüßen. Allerdings scheidet ihre Glaubwürdigkeitsprüfung eklatant und schnellstmöglich an der Aufrechterhaltung der problematischen Erklärung vom 24. Februar 2022. Es käme jetzt also entscheidend darauf an, diese programmatische Äußerung mit glaubwürdigem Leben zu erfüllen.
